

BÜRGERBEGEHREN: ERHALT GRUNDSCHULEN - KURZE WEGE FÜR KLEINE BEINE !

Mit meiner Unterschrift beantrage ich die Durchführung eines Bürgerentscheides zu folgender Frage:

Sind Sie dafür, dass die am 26.01.2011 vom Stadtrat der Stadt Chemnitz beschlossene Satzung zur Festlegung der Schulbezirke an Grundschulen (Beschlussvorlage Nr. B-012/2011), mit der in Chemnitz die Einzelschulbezirke aufgehoben werden und die Bildung von gemeinsamen Schulbezirken festgelegt wird, wieder aufzuheben ist ?

Begründung:

Die Klassenbildung ist zunächst eine Aufgabe der Schulaufsicht (des Freistaates). Besteht ein Einzelschulbezirk, beschränkt sich der Spielraum zur Klassenbildung bezüglich des Ortes auf die im Schulbezirk befindliche Schule, bezüglich der Klassenstärke und Anzahl auf die im Schulbezirk wohnenden Kinder. Die Bildung der Schulbezirke ist Aufgabe des Schulträgers (der Stadt Chemnitz). Da die Stadt Chemnitz durch die Festlegung von Einzelschulbezirken die Anzahl der Schüler pro Standort eingrenzen und gestalten kann, ist sie hierüber indirekt maßgeblich auch an der Klassenbildung beteiligt und kann hierüber Standortsicherung eigenverantwortlich betreiben.

Mit der Aufgabe der Einzelschulbezirke und der Bildung von gemeinsamen Schulbezirken gibt die Stadt Chemnitz dieses Mittel der indirekten Beteiligung bei der Klassenbildung und damit das einzige Mittel zur Schulstandortsicherung an den Freistaat ab. Der Freistaat hat seit Jahren nachdrücklich darauf hingewiesen, dass er ein Schulnetz in Chemnitz durchsetzen will, welches möglichst einem Klassendurchschnitt von 25 Schüler/Klasse nahekommt. Dies hat er mit konsequenter Fördermittelverweigerung offensichtlich gemacht.

Derzeit hat Chemnitz durchschnittlich ca. 19,6 Schüler/Klasse und liegt damit nahezu identisch mit dem Landesdurchschnitt. Um die vom Freistaat angestrebte Veränderung zu erreichen, müssten in der Stadt Chemnitz zukünftig rund 20 Klassen/Jahr weniger gebildet werden. Dies entspricht einem knappen viertel aller derzeit in Chemnitz zu bildenden Klassen.

In Chemnitz haben wir 7 Grundschulen, welche vom Raumangebot her maximal eine Klasse pro Jahr aufnehmen können, und 8 Grundschulen welche nur jedes zweite Jahr eine zweite Klasse bilden können. Dagegen haben wir 12 Standorte, die 4 Klassen pro Jahr aufnehmen könnten. Weitere 3 Standorte könnten mindestens 3 Klassen/Jahr aufnehmen. Damit wären bei einem Durchschnitt nahe 25 Schüler/Klasse allein über 80% der Schüler von Chemnitz in diesen 15 Grundschulen untergebracht. Die verbleibenden maximal 15 Klassen würden sich in diesem Fall auf die 25 verbleibenden Standorte verteilen.

Der Freistaat hat in keiner den Initiatoren bekannten Form gegenüber der Stadt Chemnitz eine längerfristige rechtssichere Zusage getroffen, dass er entgegen seinen bisherigen Zielen nicht mehr den Durchschnitt "Schüler/Klasse" massiv anheben, sondern statt dessen Schülerströme so lenken würde, dass Standorte erhalten werden könnten. Die vom Schuldezernenten diesbezüglich propagierte Standortsicherheit bis 2020 ist nach derzeitigem Kenntnisstand der Einreicher rechtlich nicht abgesichert und damit irreführend.

Die mit der Satzung zur Festlegung der Schulbezirke an Grundschulen festgeschriebene Bildung von 14 gemeinsamen Schulbezirken für die Chemnitzer Grundschulen hebt nun die Einzelschulbezirke auf. Damit entscheidet künftig das Kultusministerium, welche Grundschule Klassen bilden darf und welche nicht. Da es an einer rechtswirksamen Festlegung ermangelt, welche einklagbar festlegt, dass auch an jedem Grundschulstandort eine erste Klasse zu bilden ist, sobald die erforderliche Mindestschülerzahl von 15 Kindern erreicht wird, ist zu befürchten, dass durch größtmögliche Klassenbildung sukzessive alle einzügigen (und ein Teil der zweizügigen) Grundschulen in den nächsten Jahren durch Nichteröffnung von ersten Klassen und damit verbundene Mitwirkungsentzüge leergezogen und geschlossen werden.

Eine unverzügliche Rückkehr zu den vorher bestandenen Einzelschulbezirken gibt die Rechtssicherheit, dass an jeder Grundschule, in der 15 Anmeldungen vorhanden sind, auch eine erste Klasse eröffnet wird.

Kostendeckungsvorschlag:

Nach derzeitigem Kenntnisstand entstehen der Stadt Chemnitz durch Aufhebung der Beschlussvorlage keine Kosten, sondern voraussichtlich deutliche Kosteneinsparungen wegen dem Wegfall der zu erwartenden zusätzlichen Schülerbeförderungskosten. Derzeit nicht bekannte und nicht offensichtliche, aber dennoch eventuell notwendige finanzielle Mittel können, sofern nicht allein schon durch die Einsparungen bei den Beförderungsmehrkosten neutralisiert, durch Umschichtungen im Haushalt, z.B. durch durchdachte Einsparungen bei den Großprojekten, freigesetzt werden.

Einreicher: Zur Entgegennahme von Mitteilungen und Entscheidungen der Stadt Chemnitz sowie zur Abgabe von Erklärungen nach §25 Abs. 2 SächsGemO sind berechtigt:

Annett Bartl
Yorckstraße 9
09130 Chemnitz-Gablenz

Dipl.-Ing. Andreas Müller
Rottluffer Straße 26
09116 Chemnitz-Rottluff

Annett Beitzel
Curiestraße 8
09117 Chemnitz-Siegmars

Wir fordern alle **wahlberechtigten Chemnitzer ab 18 Jahre** auf, ihre Unterschrift für dieses Bürgerbegehren zum Erhalt der öffentlichen Grundschulen zu geben. Die Listen entsprechen der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) und **müssen vollständig ausgefüllt werden**. Andernfalls ist Ihre Stimme leider wertlos, weil sie der Stadtrat nicht anerkennen darf.

Name	Vorname	Straße/Hausnummer	PLZ	Geburtsdatum	Unterschrift	Datum	Vermerk Behörde

Bitte diese Listen kopieren und ausgefüllt an einen der 3 Einreicher übergeben oder schicken! Vielen Dank für Ihre Unterstützung!